

II- **148** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. **98/J**

1976 -01- 27

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. TAUS, Dr. KOREN
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend unwahre Aussagen des Finanzministers über Steuer-
erhöhungspläne der Bundesregierung

Am 28.11.1975 richtete ein ÖVP-Abgeordneter im Finanz- und Budgetausschuß an den Bundesminister für Finanzen folgende Anfrage: "Beabsichtigen Sie in Ihrem Ressortbereich bis Ende 1976 irgendwelche Erhöhungen von Steuern, Beiträgen, Monopolpreisen, Gebühren, Tarifen und dergleichen vorzunehmen?..."

In seiner schriftlichen Antwort vom 16.12.1975 führte der Finanzminister die damals bereits beschlossenen Preiserhöhungen bei Zigaretten und Salz an und deutete eine mögliche Erhöhung der Verkaufspreise für Branntwein an. Weiters sprach er von der Anhebung einiger weniger ins Gewicht fallender Abschöpfungsbeträge bzw. Ausgleichsabgaben und stellte eine Erhöhung des Lagergeldtarifes der öffentlichen Zolllager des Bundes in Aussicht. Von sonstigen Steuer- und Tariferhöhungen größeren Umfanges im Laufe des Jahres 1976 war jedoch keine Rede.

Auf eine weitere dezidierte ÖVP-Anfrage in derselben Ausschusssitzung, ob er beabsichtige, in seinem Ressortbereich bis Ende 1976 neue Einnahmequellen zu erschließen, antwortete der Finanzminister ebenfalls am 16.12.1975 wörtlich: "Für das Jahr 1976 ist die Erschließung neuer Einnahmequellen nicht vorgesehen."

Im Gegensatz dazu wurde auf der Regierungsklausur vom 12. und

13. Jänner 1976 eine Anhebung der Bundesmineralölsteuer um 50 Groschen je Liter und eine saftige Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer - bis zu 200 % - angekündigt.

Dieser völlige Gesinnungswandel innerhalb von knapp 4 Wochen ist unverständlich und zeigt wieder deutlich, was von sozialistischen Versprechen zu halten ist und wie konzeptlos die sozialistische Finanz- und Wirtschaftspolitik betrieben wird.

Bedeutet allein die bisher realisierten bzw. als fix angekündigten Steuer-, Tarif- und Preiserhöhungen der sozialistischen Regierung eine jährliche zusätzliche Belastung der österreichischen Bevölkerung in einer Größenordnung von etwa 12 Mrd. S, so besteht der Verdacht, daß demnächst weitere Erhöhungen auf uns zukommen. So klagte nämlich der Finanzminister in seiner Budgetrede über die "stark zurückgebliebenen Einheitswerte", stellte eine Erhöhung der Gebühren nach dem Gebührengesetz in Aussicht und sprach ebenso wie der Bundeskanzler in der Regierungserklärung plötzlich von der Notwendigkeit kostendeckender Tarife und Gebühren. Schließlich wurde die Einführung eines sogenannten "Wasserschillings" auf der jüngsten Regierungsklausur lediglich zurückgestellt und eine Befragung der Bevölkerung darüber angekündigt.

Die unterfertigten Abgeordneten lehnen die Verschleierungstaktik des Finanzministers ab und verlangen Auskunft darüber, was auf dem Gebiet der Steuern und Tarife heuer tatsächlich noch geschehen soll. Sie richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1.) Warum haben Sie in Ihrer schriftlichen Anfragebeantwortung vom 16.12.1975 eine den Tatsachen widersprechende Auskunft gegeben?

- 3 -

- 2.) Sind seitens Ihres Ressorts im Laufe des heurigen Jahres über die bereits erfolgten bzw. auf der Regierungsklausur vom 12. und 13. Jänner 1976 angekündigten Steuererhöhungen hinaus noch weitere Steuer-, Tarif- und Preiserhöhungen geplant?

- 3.) Wenn ja, wann werden seitens Ihres Ressorts welche Maßnahmen eingeleitet?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.